Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.35 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 19. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonntag, den 22. Januar 1933. | 15. Jahrgang.

Befördre dein Erkenntnis
In mir, mein Seelenhort,
Und öffne mein Verständnis
Durch dein heiliges Wort,
Damit ich an dich gläube
Und in der Wahrheit bleibe,
Zu Trutz der Höllenpfort.

Erkenntnis Gottes.

Erkennet, daß ich Gott bin. Ich will hoch sein unter den Heiden, ich will hoch sein auf Erden. Ps. 46, 11.

Rechte Gotteserkenntnis fehlt unserm Volk, sagt einmal Hermann Bezzel. Es schwankt zwischen Gottlosigkeit und Gott-Trunkenheit.

Gibt Gott sich nicht genügend zu erkennen? Gewiß, Gott ist verhüllt. Im Vergleich zu andern Zeiten wird heute ein lebendiges Zeugnis von seiner Offenbarung abgelegt. Es fehlt nicht an mutigen Bekennern seines Namens, aber Versäumnisse der Vergangenheit rächen sich in unsern Tagen. Vor wenigen Jahrzehnten nahm man es leicht mit der Frage nach Gott. Mannche Gelehrte — durchaus nicht alle — erklärten es für unwissenschaftlich, in der Wissenschaft von Gott zu reden. Man wollte Gottes Dasein nicht geradezu leugnen, aber man meinte, man könne die Geschichte richtig verstehen, die Natur begreifen, die letzten Welträtsel lösen, auch ohne den Namen Gottes in den Mund zu nehmen. Die Masse des Volkes zog daraus die Folgerung: die Wissenschaft hat nachgewiesen, es gibt keinen Gott. So wurde unser Volk gottlos.

So hatten es freilich jene Männer nicht gemeint. Aber sie behandelten doch Gott wie ein Spielzeug, das man eine Zeitlang in die Ecke stellen kann, wenn es einem nicht paßt, sich mit ihm zu beschäftigen. Wird aber Gott gestrichen, dann bleibt der Mensch übrig. Der auf sich selbst gestellte Mensch, der tut und läßt, was er will, sich auslebt, den andern ausbeutet und schließlich vor dem Mord des politischen Gegners nicht mehr zurückschreckt.

Schon zu erkennen, was die Gottlosigkeit unter uns angerichtet hat, ist Anfang der Gotteserkenntnis. Die Hilflosigkeit einer gottentfremdeten Welt, die Fülle der auftauchenden neuen Reformpläne, die kostspieligen Weltkonferenzen, die völlige Ratlosigkeit offenbaren die Folgen unserer Gottlosigkeit.

Aber der Mensch kann ohne Gott nicht sein. Findet er Gott nicht über sich, dann sucht er ihn in sich. Wie viele feinsinnige Menschen, die mehr in den Palästen als in den Gassen wohnen, über wohlgefüllte Bücherschränke verfügen und die Schriften indischer und chinesischer Weiser lesen, berauschen sich an den Selbstbekenntnissen religiös empfindsamer Männer und Frauen! Man versinkt in ein seliges Bewußtsein der Nähe der unendlichen Gottheit. In dieser wohligen Stimmung vergißt man die Mühsal des Tages. Solch eine Religiosität gefällt den Menschen besser als die donnernde Strafrede auf der Kanzel, die harte Sprache der Bibel und ihr beschämendes Angebot von Versöhnung und Gnade. Solche Menschen in ihrer Gott-Trunkenheit verwechseln Gott mit der Empfindsamkeit ihres eigenen Herzens, berauschen sich an ihrem eigenen Herzens, berauschen sich an ihrem eigenen inneren Erleben.

Gott aber will erhaben sein über die Völker und Ehre einlegen unter den Heiden. Nur da, wo Christus erkannt wird und in Christus Gott, wird die Schranke zwischen Gott und Mensch aufgerichtet. Er ist heilig, wir sind unheilig. Wir sind sterblich, er lebt ewig. Aber über die Schranke hinweg reicht Gott uns in Christus seine Hand, erhaben über uns und geschieden von uns, und doch uns verbunden, strafend und richtend, aber auch rettend und segnend. So erkennen wir in Christus den lebendigen Gott. Denn er spricht: Wer mich sieht, der sieht den Vater.

Simon.

•

Und wir haben desto fester das prophetische Wort, und ihr tut wohl, daß ihr darauf achtet als auf ein Licht, das da scheinet in einem dunkeln Ort, bis der Tag anbreche, und der Morgenstern aufgehe in euren Herzen.

Was vorgeht.

Aus den Wirtschaftsberichten geht hervor, daß auf dem deutschen Getreidemarkt mit einer schweren Krise gerechnet wird. Die Vorräte an Roggen, Weizen und Hafer seien so groß, daß ein katastrophaler Preissturz zu erwarten sei. Vorläufig kann man ja noch im Zweifel sein, welche Absichten die Börse mit derartigen Meldungen hat. Tatsächlich sind aber die Preise schon gefallen, und es wird auch hier darauf ankommen, ob eine deutsche Regierung stark genug ist, um verhängnisvolle Wirkungen abzuwenden. Wenn berichtet wird von vorhandenen großen Vorräten, dann drängt sich die Frage auf, ob diese Vorräte auf dem deutschen Markt unterzubringen wären oder untergebracht würden, wenn nicht die Geldknappheit vorhanden wäre, die wirklich da ist. Daß im Volke der Verbrauch von Körnernahrungsmitteln zu früheren Zeiten ein größerer gewesen ist als heute, daran scheint kein Zweifel zu bestehen. Ein Bäckermeister, dessen Geschäft seit mehr als dreißig Jahren sich an einer Stelle befindet, wo sich die Bevölkerungszahl, die seine Kundschaft immer gebildet hat, kaum verändert, erklärte, daß er zur Zeit nur ein Drittel von dem Quantum an Backwaren herstelle und absetze, was er zu normalen Zeiten abgesetzt habe. Er nimmt an, daß es seiner Kunschaft, die sich aus allen Volksschichten, hauptsächlich aber aus Arbeitern, zusammensetzt, an Geld fehle, um Brot zu kaufen, und daß die Hausfrauen dazu übergegangen sind, billigere Nahrungsmittel aus Kartoffeln oder sonstigen Hackfrüchten herzustellen. Die Berichte der Schulärzte über den schlechten Gesundheitszustand der Kinder geben eine treffende Illustration zu diesen Tatsachen.

Wenn man sich diese Zustände überlegt, so weiß man wirklich nicht, wie eine Regierung die Dinge meistern will durch die Maßnahmen, die sie bisher getroffen hat. Allenthalben scheint es Ueberzeugung zu sein, daß es niemals wieder dahin kommen wird, daß die Industrie die Arbeitermassen aufnehmen kann, die jetzt aus dem industriellen Wirtschaftsleben ausgeschaltet sind. Und die Weiterentwicklung der Technik läßt darauf schließen, daß es ihr gelingen wird, noch immer mehr Menschenhände überflüssig zu machen. Da bleibt doch dann zuletzt gar nichts anderes übrig, als diese überflüssig gewordenen Menschen auf dem Lande unterzubringen. Was sollen sie aber auf dem Lande, wenn schon jetzt die Landwirtschaft bei einer guten Ernte auf deutschem Boden mehr Roggen und Weizen erzeugen kann, als verbraucht wird? Bisher ist es immer ein so schöner Gedanke gewesen, der jedem Arbeiter sein eigenes Heim auf eigener Scholle geben und allen, die Interesse dafür haben, eine kleine Wirtschaftssiedlung mit Gärtnereibetrieb und dergleichen verschaffen wollte. Man frage aber jetzt schon einen Gärtner, der nicht eine ganz feste Kundschaft hat, die ihm seine Erzeugnisse abnimmt, welche Schwierigkeiten auch da jetzt schon bestehen. Welche Mühe machen sich heute diese Betriebe und auch die in der Nähe der Städte wohnenden kleinen Landwirte, um ihre Produkte ohne den Zwischenhandel absetzen zu können. Uns ist es sehr zweifelhaft, ob irgendeine Wirtschaftskonjunktur im alten Sinne jemals wieder die Wirkungen haben kann, die solche Konjunkturen früher hatten, wo die Waren wieder Absatz fanden und Arbeitskräfte nachgefragt wurden. Deshalb glauben wir es immer wieder betonen zu müssen, daß jede deutsche Regierung die Pflicht hat, für die Wirtschaftsgestaltung der Zukunft nach anderen Wegen zu suchen als die, die Reichsbankpräsident Dr. Luther und mit ihm alle die, die an der alten Konjunkturen- und Krisenpolitik ein Interesse haben, auch weiter gehen wollen. In diesem Zusammenhang kann man erinnern an die Rede, die Dr. Luther in der vorigen Woche in Breslau gehalten hat, wo er sich auch mit dem Problem der öffentlichen Arbeitsbeschaffung beschäftigte. Er meinte, je größer die Vorbelastung künftiger Ware durch Leistungen in der Gegenwart sei, um so geringer wäre der Spielraum für eine spätere Senkung der Steuern. **Jede Arbeitsbeschaffung nehme der zukünftigen Konjunktur sowohl hinsichtlich der Steuersenkung, wie hinsichtlich der materiellen Seite Möglichkeiten weg.** Noch niemand habe eine Wirtschaftsform zeigen können, die die Privatwirtschaft ersetzen könne. Ziel des Marsches sei nach wie vor der altprivatwirtschaftliche Weg. Die Reichsregierung werde diesen Weg beschreiten, selbstverständlich unter Bekämpfung aller Auswüchse, die sich zeigten.

Diese Wirtschaftsrichtung, der hier Dr. Luther das Wort redet, macht gerne die sozialpolitischen Experimente der Nachkriegszeit für den gegenwärtigen Niedergang der deutschen Wirtschaft verantwortlich. Da muß man doch daran erinnern, in welchem Sinne Dr. Luther, die Bankwelt und die mit ihr zusammenarbeitende Privatwirtschaft die Inflation und die ihr folgende sogenannte „Aufwertung" ausgewertet haben. Das deutsche Bürgertum hat ein Interesse daran, daß die Wirtschaftsordnung der Zukunft auch solche Experimente ausschließt. Es sei aber auch daran erinnert, daß das Versailler Diktat mit seinen Ausführungsbestimmungen eine blühende deutsche Wirtschaft im alten Sinne, unter Aufrechterhaltung der Goldwährung garnicht aufkommen lassen will. Das sollten sich besonders auch die politischen Richtungen merken, denen eine Schuld an dem Zusammenbruch der deutschen Kriegsfront und an der Annahme und Unterzeichnung des Versailler Diktats nicht abgesprochen werden kann. Und es ist immer noch die Frage, ob Deutschland überhaupt zu politischer Ruhe und zu befriedigenden wirtschaftlichen Zuständen kommt, ehe nicht die Schuld gebüßt ist, die man durch undeutsches Verhalten und durch mancherlei schlimme Taten und Versäumnisse auf sich geladen hat.

Wenn wir oben meinten, es bestehe wenig Aussicht, daß im Rahmen der heutigen Wirtschaftsordnung und des jetzigen Finanzsystems eine Preisgestaltung erzielt werde, die den Erzeuger der Güter befriedigen kann, dann bestärkt uns darin auch noch die Uebersicht, die der Reichsernährungsminister Freiherr v. Braun jetzt über die bisherige Durchführung der Osthilfe gegeben hat. Danach sind im Osthilfegebiet bis zum 31. Dezember 1932 insgesamt 571 418 Hektar entschuldet worden, und zwar 11 748 (94,2 v. H) Betriebe bis 100 Hektar mit rund 227 790 Hektar (39,9 v. H. der Gesamtfläche der entschuldeten Fälle), 531 (4,3 v. H.) Betriebe von 100 bis 500 Hektar mit rund 128 589 Hektar (22,5 v. H.) und 191 (1,5 v. H.) Betriebe von über 500 Hektar mit rund 215 039 Hektar (37,6 v. H.).

An Entschuldungsdarlehen sind bewilligt worden für die 11 748 Betriebe bis 100 Hektar rund 69½ Millionen oder 53,6 v. H., für die 531 Betriebe von 100 bis 500 Hektar rund 28 Millionen oder 21,5 v. H., und für die 191 Betriebe über 500 Hektar rund 32½ Millionen oder 24,9 v. H. Restlos ausgezahlt sind 4705 Fälle mit rund 40 Millionen, ferner überwiesen an die Auszahlungsinstitute 2081 Fälle mit rund 25 Millionen. Im einzelnen entfallen auf je einen Hektar Gesamtfläche des Eigentums in der Betriebsgröße bis 100 Hektar im Durchschnitt 306 Mark, in der Betriebsgröße von 100 bis 500 Hektar im Durchschnitt 217 Mark und in der Betriebsgröße über 500 Hektar im Durchschnitt 150 Mark.

Ganz abgesehen davon, daß diese Subventionspolitik von den politischen Parteien dazu benutzt wird, ständig gegen eine Regierung, die eine solche Politik treibt, und gegen die unersättlichen Agrarier zu hetzen, kann ein ungehinderter Preissturz durch den Schaden, den der Landwirt hat, die ganze Subvention illusorisch machen und nach ein, zwei Jahren ist er wieder genau so arm und hilfsbedürftig wie vor dem Empfang der Subvention. Die Verteilung der staatlichen Beihilfe auf die kleinen und die großen Besitzer begegnet dann immer noch einer besonders scharfen Kritik, auch wenn die Rate pro Hektar bei den kleinen Besitzern das Doppelte von dem beträgt, was der Großgrundbesitzer erhält. Was das bei 1000, bei 2000 oder 5000 Hektar ausmacht, kann sich jeder selbst errechnen. Es sollte möglich sein, eine Form zu finden, nach der sich eine gleichmäßigere Verwertung und Verteilung der Erträge der Landwirtschaft durchführen läßt. Eine solche Form zu suchen, dazu zwingen auch die Schwierigkeiten, die die jetzige Lage mit unseren Nachbarländern Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen bringt, die auch auf den Absatz eines bestimmten Teiles ihrer Produkte nach Deutschland angewiesen sind. Irgendein Staat müßte doch einmal durch kluge Maßnahmen beweisen, daß alle die wunderbaren technischen Fortschritte, mit denen man sich die Erde untertänig macht, nicht dahin zu führen brauchen, daß sich das Los der Menschen dadurch verschlechtert und sie bei gefüllten Scheunen verhungern müssen.

Die Verhältnisse in der Staatsführung haben sich immer noch nicht dahin entwickelt, daß man Hoffnung haben könnte, von dorther würden Entscheidungen fallen, die in der Richtung liegen, von der heute die Rede war. Die Mutmaßungen über Verhandlungen zwischen diesen und jenen Parteileuten schwirren hin und her. Was heute dem Publikum als feststehende Tatsache mitgeteilt wird, stellt sich morgen als ein aus bestimmten Interessen verbreitetes Phantasieprodukt dar. Merkwürdigerweise scheint es für alle Parteigruppen ganz selbstverständlich zu sein, daß das Kabinett Schleicher sobald wie möglich abzutreten habe. Was dann kommen soll, weiß auch niemand so recht. „Die Rh.-W. Z." teilt am Donnerstag mit, daß **„man heute abend in Berlin ganz offen davon spricht, daß in den Kreisen der nationalen Rechten ganz ernsthaft der Gedanke erörtert wird, dem**

411 Stadt. Bibliothek S 839

Herrn Reichspräsidenten vorzuschlagen, Adolf Hitler mit der Bildung der Regierung, und zwar auf der Grundlage der großen nationalen Rechten, wenn möglich, mit Einschluß des Zentrums, zu beauftragen." Am Freitag ist von einer ernstlichen Vertretung dieses Gedankens dann kaum noch die Rede. Was nun auch der Aeltestenrat des Reichstages beschließt und ob der Zusammentritt des Reichstages zu einer Vertagung desselben oder zum sofortigen Sturz des Kabinetts v. Schleicher führt, so scheint uns das Durcheinander der Meinungen über die Ergreifung der notwendigen Maßnahmen, die zu einer Festigung und Besserung unserer Verhältnisse führen sollen, so groß zu sein, daß wirkliche Taten nur von einer Regierung erwartet werden können, die nicht gebunden ist an irgendwelche Parteiparolen, die sich aber auch frei und unabhängig zu halten weiß von den Einflüssen, die die Geld- und Wirtschaftsmächte auf die Regierungen zu gewinnen suchen. Bleibt die Regierung von Schleicher oder tritt eine andere an ihre Stelle, will sie ungestört arbeiten, muß sich ihre Regierungskunst erst darin zeigen, daß es ihr gelingt, entweder den Reichstag ganz auszuschalten oder solche Maßnahmen zu treffen, die den Widerstand einer großen Mehrheit ohne weiteres brechen.

Der preußische Landtag hat sich bis zum 15. Februar vertagt. Es gab einige wilde Szenen, aber auch eine ganze Reihe von Anträgen ist erledigt und Beschlüsse über mancherlei wichtige Dinge sind gefaßt. Daß der Landtagspräsident am 18. Januar, dem Gedächnistage der Reichsgründung, auf dem Landtagsgebäude neben der Reichsfahne auch die schwarz-weiß-rote Fahne hissen ließ, hat viele Menschen im Lande gefreut, manche aber auch geärgert. Die sich ärgerten, haben es verdient, weil der Wechsel der Reichsfarben eine völlig unnötige Maßnahme war, die nur von denen durchgedrückt wurde, die überhaupt Gegner eines nationalbewußten Ordnungsstaates waren. In den letzten Wochen hat manches außenpolitische Vorkommnis gezeigt, wie nötig die Deutschen eine Stärkung ihres Nationalbewußtseins haben Kr.

Londoner Brief.

Das Kabinett tritt zum erstenmal im neuen Jahr zusammen. — Lloyd George und die liberale Partei. — Das Gold in Kenya.

London, am 17. Januar 1933.

Der britische Premierminister MacDonald ist, wie bereits bekannt, schon in der vorigen Woche aus Lossiemouth, wo er seine Ferien wenig vom Wetter begünstigt verbracht hatte, nach London zurückgekehrt und hat auch nach einigen vorbereitenden Besprechungen mit den hier anwesenden Ministern alle Mitglieder des Kabinetts bitten lassen, in dieser Woche in London zu sein, denn übermorgen, am Donnerstag, solle die erste Kabinettssitzung des neuen Jahres abgehalten werden, zur Erledigung der dringenden laufenden Arbeiten und der Vorbereitung der Arbeiten für die neue Parlamentssession, die allerdings erst im nächsten Monat frühestens beginnt. Der Außenminister, Sir John Simon, der in Genf ist und an den Beratungen des Komitees der Neunzehn teilnimmt, wird morgen wieder in London erwartet und wird nach seiner Abreise aus Genf dort durch den wohlbekannten Untersekretär im Auswärtigen Amt als den ersten Vertreter Großbritanniens ersetzt werden. Er wird zunächst dem Premierminister und dann an dem darauf folgenden Tage dem Kabinett über den Stand und die Aussichten der ostasiatischen Besprechungen in Genf berichten.

An die Fertigstellung eines Programmes für die nächste Session wird man natürlich an diesem ersten Tage noch nicht herangehen können, aber die wichtigsten Dinge, vor denen man jetzt steht, werden besprochen werden. Die erste Sache, die herangenommen werden soll, ist die beabsichtigte Vorlage zur Verbesserung des Arbeitslosen-Versicherungssystems, welche vor Ende Juni Gesetz sein muß. Bekanntlich ist seinerzeit eine besondere Kommission eingesetzt worden, welche dieses Kapitel studiert hat, und diese hat einen Bericht verfaßt, der sich seit einiger Zeit in den Händen der Minister befunden hat, aber noch nicht von dem Kabinett als solchem beraten worden ist. Dann ist eine andere Sache von besonderer Wichtigkeit. Das sind die Goldfunde in Kenya und die Behandlung der Eingeborenen, auf deren Besitz Gold gefunden wird. Die Angelegenheit wird hier im Lande von den Gegnern der Regierung sehr lebhaft zur Hetze gegen die Regierung benutzt, und die Sache kann MacDonald sehr unangenehm werden. Gleich in den ersten Tagen der neuen Session wird die Regierung deshalb interpelliert werden. Wir kommen nachher darauf zurück.

Lloyd George, der greise britische Staatsmann, feiert heute seinen siebzigsten Geburtstag und er hat zur Feier des Tages einigen Londoner Journalisten besondere Interviews gegeben, in denen er allerdings nicht viel Neues und Bedeutendes gesagt hat. Es ist vielmehr bei den bekannten Lloyd Georgeschen Redensarten geblieben. Viele Interviewer haben ihn gefragt, was er eigentlich noch in seinem Leben vorhabe, er hat darüber nichts Besonderes gesagt, was man nicht schon wußte, nämlich, daß er sich bereit hielte und frei sei, irgendwo die Führung zu übernehmen, wenn irgendeine Partei im Staate bereit sei, einen ganz neuen Weg zu gehen. Wie dieser Weg aber aussehen müßte, und über was für Gelände er zunächst führen müßte oder sollte, das hat er uns nicht verraten. Eins aber war neu, nämlich die rücksichtslos scharfe Verurteilung der liberalen Partei, von welcher der einstige liberale Führer nichts mehr wissen will und welche er für ganz nutzlos und ohnmächtig hält. Die Liberalen haben ein Auge auf die Konservativen gerichtet, welche ihnen bei den letzten Wahlen geholfen haben und die ihnen in der Zukunft weiter helfen sollen. Das andere Auge richtet sich auf die liberalen Freihändler, welche ein großer Teil der liberalen Partei im Stich gelassen habe. Mit dieser ganzen unzuverlässigen und verräterischen Bande will Lloyd George nichts mehr zu tun haben. Die Partei als solche ist nach seiner Auffassung tot. Dagegen liebäugelt der Kriegspremier mit der Arbeiterpartei. Er sagte, er sei durchaus nicht von Enthusiasmus erfüllt, im Gegenteil, die Partei bleibe weit hinter ihrem Programm zurück, so daß die Liberalen, als sie im Parlament die Entscheidung in der Hand hatten, Schwierigkeiten hatten, nicht um die Arbeiterpartei zurückzuhalten, sondern um sie anzutreiben. Das werde er auch weiter tun mit den paar Anhängern, die er noch habe, ohne Rücksicht auf seine eigenen Interessen; er versprach, daß er nicht sich von der Politik zurückziehen werde, sondern daß er bis zum letzten Tage im Parlament bleiben wollte. Die Sache ist also vollständig klar. Die Arbeiterpartei hat, seit MacDonald, Snowden und Thomas ausgeschieden sind, keinen Führer mehr, und obwohl die gegenwärtige Regierung schon eine ganze Menge schwerer Fehler gemacht hat und der Arbeiterpartei im Lande in die Hände spielte, kann sie ohne einen geeigneten Führer nicht weiterkommen. Lloyd George ist der Mann. Er hat freilich in früheren Jahren in bedenklicher Weise auf die Labourleute geschimpft, sie sozialistische Verräter genannt usw. Das muß natürlich vergessen werden, aber darin ist Lloyd George ja ein besonderer Künstler. Sobald also MacDonald endgültig verschwindet, in der einen oder anderen Weise, ist sein Nachfolger schon da. Die Partei braucht einen Führer und der Führer braucht eine Partei. Da wird man noch manches von Interesse erwarten können.

Wir berührten vorher die Frage der Goldfunde in Kenya. Diese Angelegenheit wird in der allernächsten Zeit eine sehr große Rolle spielen, und allerhand unangenehme Dinge stehen da für die Regierung bevor, die gleich nach Zusammentritt des Parlaments deswegen interpelliert werden wird. Lord Lugard und der Erzbischof von Canterbury haben bereits angekündigt, daß sie das Oberhaus darauf aufmerksam machen wollen. Kenya ist bekanntlich eine der britischen Kolonien in Ostafrika, mit einer Eingeborenenbevölkerung von über drei Millionen Seelen. Diesen stehen nur 17 000 Weiße gegenüber, von denen die Mehrzahl nicht Engländer sind. Die Zahl der wirklichen Ansiedler beträgt nur dreitausend. Mit anderen Worten, es handelt sich um ein Negerland. Seit 1923 haben alle britischen Regierungen besonders anerkannt, daß in einem solchen Land die Interessen der Eingeborenen den Vorrang haben müssen. Die Londoner Labourregierung insbesondere traf ein besonderes Abkommen, in welchem erklärt wurde, daß, wenn auf dem Lande eines Schwarzen Gold gefunden werde, diesem, ehe gegraben wird, anderes Land von demselben Wert in nicht allzugroßer Entfernung gegeben werden müßte. Das Abkommen ist aber niemals eingehalten worden. Das ging aber so hin, bis in dem letzten Jahr ein großer Goldstreifen in einem dichtbevölkerten Gelände des Kariwondostammes gefunden wurde. Es entstand ein wahrer Sturm auf dieses Gelände, und die Regierung vergab die Lizenzen an irgend welche, welche daher kamen, die Eingeborenen wurden einfach vertrieben. Die Eingeborenen verlangen nunmehr, daß die Bestimmung der Arbeiterregierung eingehalten werde. Sie haben bisher keine Antwort bekommen, und die Unruhe in der Kolonie ist bedeutend. Wie der Erzbischof neulich sagte, soll man den Schwarzen nicht beweisen, daß das Wort einer englischen Regierung nichts mehr gilt. —

Zollerhöhungen ab 1. Februar

Durch eine am 1. Februar in Kraft tretende Verordnung erfahren eine Zahl Zollsätze für landwirtschaftliche und industrielle Produkte eine Erhöhung bzw. eine Aenderung. In Erläuterung dieser Maßnahmen wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß hinsichtlich der Regelung für Saatgetreide jetzt auch anerkanntes Saatgut wieder zur Ausfuhr gebracht werden kann mit der Maßgabe, daß derjenige, der in der Zeit vom 1. Februar bis 31. Mai Saatgut ausführt, das Recht hat, eine entsprechende Menge anderes Getreide in der Zeit bis 31. Juli wieder einzuführen.

Die Erhöhung der Kartoffelzölle geht von der Erwägung aus, daß Deutschland absoluter Selbstversorger auf dem Kartoffelmarkte ist und weit über seinen Speisebedarf auch für Futter- und industrielle Zwecke herstellt. Darum sei jede Einfuhr von Kartoffeln überflüssig. Der Zoll ist für die Zeit vom 1. September bis 14. Februar von zwei auf 4 Mark, für die Zeit vom 1. April bis 31. August von 4 auf 6 Mark erhöht worden und bleibt für die restliche Zeit unverändert 20 Mark.

Die Erhöhung des Weißkohlzolls auf sechs Mark ist notwendig geworden, vor allem wegen des rapiden Preissturzes.

Auch die Zölle für Grubenholz hätten auf achtzig Reichspfennig erhöht werden müssen. Maßgebend dabei sei vor allem die Befürchtung gewesen, daß von Rußland her eine billige Einfuhr von Grubenholz drohte.

Eine weitere Zollneuregelung erfolgte bei der Kaseinstellung kann Kasein in denaturiertem Zustande zum unveränderten Zollsatz von 2 Mark eingeführt werden.

Eisleben, die Lutherstadt.

Sie wird in diesem Jahr in ganz besonderer Weise den 450. Geburtstag Luthers ehren. Denn Luthers Leben ist in wunderbarer Fügung wie der Lauf eines Gestirns im Kreis geschlossen: Anfang und Ende in Eisleben. Eisleben sah nicht nur das Kind, sondern auch den durch viel innere und äußere Kämpfe und Geistesschlachten hindurchgegangenen Mann Luther in seinen Mauern. Ueber 700 Jahre lang ist im Eislebener und Mansfelder Gebiet der Kupferbergbau betrieben worden. Luthers Vater muß es in diesem Gewerbe zu einigem Wohlstand gebracht haben. Er besaß, so wird berichtet, in Eisleben einen Schmelzofen und ein eigenes Haus. In Anerkennung seiner Rechtschaffenheit erhielt er auch einen Sitz im Rat der Stadt. Eisleben gehörte damals den Grafen von Mansfeld. Luther ist seinen Herren, den Grafen, bis in den Tod mit Treue zugetan gewesen. Die alte Gräfin Dorothea von Mansfeld zumal war seine Freundin. Sie wird als ein rechtes Original geschildert, wer sie nicht kannte, hätte eher geglaubt, eine Bauersfrau vor sich zu haben, so schlicht gab sie sich in Kleidung und Wesen. Kräuter sammeln und destillieren, und mit den selbst gewonnenen Arzneien den Kranken, zumal den Armen unter denselben helfen, das war ihr Tagewerk. Sie war rasch zur Stelle, wo man sie brauchte, bei Unglücksfällen riefen die armen Leute nicht vergeblich nach der alten Gräfin Dorothea und ihren Tränklein. Mit ihrer Naturheilkunde, ohne große Wissenschaft, verband sie ein Herz voll warmer Liebe für ihre Mitmenschen. Gräfin Dorothea vertraute ihre Arzneirezepte vornehmlich der Kurfürstin Anna von Sachsen an. Diese zeigte einen, wenn möglich, noch größeren Eifer zu jeder Art Apotheker-Arbeit. Die alte Gräfin hätte ihre helle Freude am Laboratorium der Kurfürstin gehabt, die über weit mehr Mittel und Kenntnisse verfügte und im großen Pulver reiben und Tränklein kochen lassen konnte. Aber schwerlich hat die alte Mansfelder Gräfin je eine Reise nach Dresden unternommen. Sie sandte der Kurfürstin brieflichen Rat. Von den vielen Möglichkeiten für die Kurfürstin, sich ihrer Lehrmeisterin erkenntlich zu zeigen, sei nur eine erwähnt: die Bereicherung der Mansfelder Pflanzungen und Obstgärten durch Uebersendung von Gemüsesamen und Pfropfreisern, die die kluge Kurfürstin sich im Austausch gegen ihre Heilmittel von Fürsten und anderen hochgestellten Leuten kommen ließ. Die Rezepte der Kurfürstin waren bei hoch und niedrig gleich begehrt. Selbst Kaiser Maximilian II. sandte noch zu ihr um einen guten Rat, als er schon im Sterben lag. So berichtet die Chronik.

Die alte Gräfin von Mansfeld erreichte bei voller Gesundheit ein Alter von 91 Jahren. Dadurch rechtfertigte sie in den Augen der Leute die hohe Meinung, die man von ihren Kenntnissen hatte. Das botanische Interesse ist im Mansfelder Gebiet wohl lange lebendig geblieben, und der Sämereien-Austausch mag sich unmerklich in den Händen der Bürger zum Handel entwickelt haben. Denn Eisleben ist heute der Mittelpunkt eines ausgedehnten Samenhandels und besitzt eine ansehnliche Pflanzensammlung. —

Die Treue gegen seine Herren hatte Luther Ende Januar 1546 zur Reise nach Eisleben bewogen. Die Grafen, wohl im Streit untereinander, aber einig in ihrer Zuvorkommenheit gegen Luther, sandten ihm 100 gepanzerte Reiter entgegen, ihn so mit Ehren durch Mansfelder Gebiet bis Eisleben zu geleiten. Hier nahm Luther Wohnung in einem damals den Grafen gehörenden Haus. Am 14. Febr. 1546 schrieb er aus Eisleben, er „hoffe, noch in dieser Woche heimkommen zu können." Denn sein Werk in Eisleben war getan. Seinem Wort, seiner Persönlichkeit war es gelungen, zwischen den streitenden Grafen den Frieden wiederherzustellen. — Da wurde Luther von einer großen Müdigkeit und Schwäche befallen. Er äußerte: „Wenn ich heimkomme, will ich mich gleich in meinen Sarg legen." Diesem Seufzer folgte bald die Ahnung, er werde Eisleben nicht mehr verlassen. Nun schloß sich sein Lebenslauf zum Kreis: in der Petrikirche zu Eisleben war er getauft worden, von der Kanzel der Andreaskirche, derselben Kanzel, die noch heute frei im Raum an einer der Säulen emporstrebt — von hier predigte er zum letztenmal am 14. Februar 1546. Dann legte er sich sterbenskrank nieder. Die Ritter und Gewappneten, die Gefolgsmannen der Grafen, eilten voll Unruhe durch die Straßen, die Bürger raunten verstört: „Stirbt er?" Luthers Söhne und Freunde verließen ihn nicht mehr bis zu seinem Tode am 18. Februar gegen 3 Uhr. Da schallte Pferdegetrappel — Hufeisen blitzten im frostigen Licht des Spätnachmittags — der Eilbote galoppierte aus dem Stadttor, um dem Kurfürsten Johann Friedrich Meldung von Luthers Hinscheiden zu machen und die Bitte der Mansfelder Grafen vorzutragen, den Toten in Eisleben beisetzen zu dürfen. Bleiern schlichen die Stunden. Wie würde die Entscheidung fallen? Was würde der Kurfürst bestimmen? Der Meldereiter kam zurück mit dem Befehl: Beisetzung in Wittenberg! — ——

Wie eingangs erwähnt, rüstet sich die Stadt Eisleben zu einer Lutherwoche vom 20.—27. August. Geplant sind Festgottesdienste, Festzug, Lutherfestspiel. Der eigentliche Geburtstag, der 10. November, soll außerdem ganz besonders durch kirchliche und öffentliche Feiern ausgezeichnet werden. An Luthers Todestag jedoch, am 18. Februar, wird im Rundfunk der „Mirag"-Leipzig das besonders schöne Geläut der Eislebener Glocken zu hören sein, alsdann Orgelspiel aus der Andreaskirche, in der Luther seine letzte Predigt hielt, und eine Predigt von der Lutherkanzel.

Alle diese Feiern wollen gewertet werden als hervorgehend aus dem Gefühl der Dankbarkeit, wie Kirchenrat Hesse in dem Bildwerk „Luther, wie er lebte" schreibt: „Schöner und dauernder als ein Denkmal in Erz ist das Denkmal, welches im Herzen eines Volkes steht, das, Luthers Werk fortführend, seine Dankbarkeit in Erneuerung eines frommen Sinnes und gottesfürchtigen Wandels beweist." —

Und auch das Denkmal in Erz fehlt in Eisleben nicht. Es steht, überlebensgroß, auf dem Marktplatz der Lutherstadt. —

Elsa Bruchhaus.

Die Entscheidung vertagt

Zusammentritt des Reichstags am 31. Januar.

Zeitgewinn im Reichstag

Der Verlauf der Aeltestenratssitzung.

Berlin, 21. Januar.

Die entscheidenden Auseinandersetzungen zwischen dem Reichstag und dem Kabinett von Schleicher, deren Herannahen die deutsche Innenpolitik in den letzten Wochen beherrschte, sind nunmehr erst für Februar zu erwarten. Der Aeltestenrat verzichtete auf die ursprünglich für den 24. Januar in Aussicht genommene Plenarsitzung und beschloß, den Reichstag erst zum 31. Januar einzuberufen. Zur Festsetzung der Tagesordnung wird der Aeltestenrat nochmals am 27. Januar zusammentreten.

Ueber den Verlauf der Aeltestenratssitzung des Reichstages wird mitgeteilt: Die Nationalsozialisten beantragten zu Beginn der Sitzung, dem Reichstagspräsidenten Göring die Vollmacht zu erteilen, die nächste Sitzung des Reichstages festzusetzen. Sie brachten dabei den Wunsch zum Ausdruck, daß der Etat möglichst bald dem Reichstag vorgelegt wird und daß die Regierungserklärung dann mit der ersten Lesung des Etats verbunden würde. Dem wurde von Sozialdemokraten und Kommunisten widersprochen, da das auf eine Reichstagsvertagung bis in den März oder April hinein hinauslaufen könnte.

Staatssekretär Planck erklärte für die Reichsregierung, daß diese es nach wie vor im Interesse der politischen Beruhigung des Landes und seiner wirtschaftlichen Gesundung für dringend notwendig halte, die politische Lage möglichst bald unzweideutig zu klären. Der Etat könne so schnell nicht vorgelegt werden und der Finanzminister habe die sachlichen Gründe dafür, schon im Haushaltsausschuß dargelegt.

Auch die Vertreter des Zentrums erklärten, daß sie einer fristlosen Vertagung des Reichstags nicht zustimmen könnten. Abg. Dr. Bell (Z.) beantragte daher, die Plenarsitzung des Reichstags um eine Woche, auf den 31. Januar zu verschieben.

Hierzu erklärte Staatssekretär Planck, wenn der Reichstag noch eine einwöchige Frist dazu benutzen wolle, die Mehrheitsverhältnisse im Parlament einwandfrei festzustellen, vermöge sich die Reichsregierung dem nicht zu widersetzen. Sie selbst sei naturgemäß an derartigen Verhandlungen nicht interessiert.

Auf eine Frage des Abg. Torgler (Komm.), ob die Regierung in einer Vertagung des Reichstags eine Tolerierung durch das Parlament sehen würde, erwiderte Staatssekretär Planck, daß auch bei einer Vertagung für längere Zeit die Regierung eine unzweideutige Klärung der politischen Lage für unbedingt notwendig halte.

Von den Deutschnationalen wurde in der Aussprache zum Ausdruck gebracht, daß auch sie eine baldige politische Klärung wünschten, gegen eine kurzfristige Vertagung aber nichts einzuwenden hätten. Die Abstimmung ergab, daß der nationalsozialistische Antrag, auf unbestimmte Verschiebung der Parlamentstagung gegen die Antragsteller abgelehnt wurde. Auf Antrag des Zentrums wurde als Termin der nächsten Reichstagssitzung der 31. Januar bestimmt.

Vor der Sitzung des Aeltestenrats hatte Reichskanzler von Schleicher noch eine Unterredung mit dem Abgeordneten Dr. Leicht von der Bayerischen Volkspartei, womit die Unterhaltungen des Kanzlers mit den Parteiführern ihren Abschluß gefunden hatten.

*

Längere Vertagung als „Billigungsvotum".

— Berlin, 20. Januar. Ueber den Verlauf der Sitzung des Aeltestenrates berichtet der „Tag" u. a. noch folgendes: Als der Staatssekretär gefragt wurde, ob die Reichsregierung eine längere Vertagung des Reichstagsplenums als ein Billigungsvotum ansehen würde, betonte Staatssekretär Planck, daß die Reichsregierung auch bei einer Vertagung für längere Zeit eine unzweideutige Klärung der polit. Lage für unbedingt erforderlich halte. Als der sozialdemokr. Vizepräsident Löbe die Frage stellte, ob diese Erklärung so auszulegen sei, daß die Regierung eine längere Vertagung als Billigungsvotum ansehe, gab der Staatssekretär darauf keine Antwort.

Neurath erstattet Bericht

Am gleichen Tage wie der Aeltestenrat tagte auch der Auswärtige Ausschuß des Reichstags. Zunächst unternahmen die Kommunisten einen Vorstoß wegen der Ende 1932 erfolgten Verhaftung eines kommunistischen Abgeordneten, der Mitglied des Auswärtigen Ausschusses ist. Nachdem ein Vertreter des Reichsinnenministeriums den Sachverhalt dargelegt hatte und nachdem bekanntgeworden war, daß der betreffende Abgeordnete schon wieder enthaftet worden ist, wurde über diesen Punkt zur Tagesordnung übergegangen, da für derartige Fragen der Geschäftsordnungsausschuß zuständig ist.

Sodann erstattete Reichsaußenminister Freiherr von Neurath unter Bezugnahme auf das dem Ausschuß wunschgemäß übermittelte Material einen umfassenden Ueberblick über die einzelnen Punkte der Tagesordnung: Tribute und Auslandsschulden, Abrüstungskonferenz, Ostfragen, Schutz der deutschen Minderheiten im Auslande, über die handelspolitische Lage Deutschlands sowie über den fernöstlichen Konflikt.

Nach der Rede des Reichsaußenministers trat der Ausschuß in die Aussprache ein. Bei den Fragen der Tribute und Auslandsschulden wurden vom Reichsaußen-, Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsminister eine Reihe von Fragen beantwortet, die von Abgeordneten gestellt worden waren.

Entschließungen

Zunächst wurde mit 17 gegen 11 Stimmen ein nationalsozialistischer Antrag, wonach die deutschen Zahlungen an Belgien aus dem Abkommen vom 13. Juli 1929 in Anbetracht der im Lausanner Abkommen vom 9. Juli 1932 auch von Belgien anerkannten wirtschaftlichen Notlage Deutschlands bis auf weiteres einzustellen sind.

Ferner wurde eine durch einen kommunistischen Antrag erweiterte, von den nationalsozialistischen Ausschußmitgliedern eingebrachte Entschließung mit den Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen, die folgenden Wortlaut hat: „Der Herr Reichskanzler hat am Neujahrstage 1933 ausgesprochen, daß Deutschland nunmehr von Reparationen befreit sei.

Der Auswärtige Ausschuß stellt fest, daß das deutsche Volk sowohl den vollen Zins- und Tilgungsdienst für die Dawes-Anleihe weiterhin tragen soll, ebenso den Zins- und Tilgungsdienst für die Younganleihe, ferner die Zahlungen an Amerika, die sogenannten belgischen Markzahlungen, die gestundeten Besatzungskosten, Zahlungen, die zum Teil bis zum Jahre 1966 reichen sollen.

Hinzu treten sollen noch die Ratenzahlungen für die Schlußzahlung von drei Milliarden gemäß dem Lausanner Abkommen, insgesamt 410 Millionen jährlich. Ueberdies beträgt der Verlust durch Beschlagnahme des deutschen Privatvermögens im Auslande etwa 11 Milliarden, deren Ersatz an die geschädigten Auslandsdeutschen laufende Belastungen für die deutschen Finanzen bedeuten.

Außerdem wurde das Inkrafttreten des Abkommens von Lausanne von den Regierungen Englands, Frankreichs Italiens, Belgiens in einem Gentlemen agrement davon abhängig gemacht, daß sich die Vereinigten Staaten von Nordamerika zur Streichung der interalliierten Schulden bereitfinden.

Infolgedessen ist bis auf den heutigen Tag und auch bis auf weiteres die Frage offen ob das Lausanner Abkommen überhaupt Wirklamkeit erlangt.

Aus allen diesen Gründen ist der Auswärtige Ausschuß der Anschauung daß die genannten Ausführungen des Herrn Reichskanzlers im In- und Auslande falsche Vorstellungen erwecken können und deshalb den deutschen Interessen nichts genützt haben."

Der Präsident der Oberpostdirektion Karlsruhe, Gieß, ist zum Ministerialdirektor im Reichspostministerium ernannt

Landkreise zur Umschuldung

Vorstandssitzung des preußischen Landkreistags.

Berlin, 21. Januar.

Der Vorstand des preußischen Landkreistags beriet unter dem Vorsitz des Landrats Schlemminger die Frage der Arbeitsbeschaffung und der kommunalen Umschuldung. Die vom Reichsfinanzminister im Haushaltsausschuß des Reichstags angekündigten Maßnahmen zur kommunalen Umschuldung erklärte der Vorstand für geboten. An der mittel- und kurzfristigen Kommunalschuldenlast von 2439 Millionen seien die deutschen Landkreise mit etwa 10 v. H. beteiligt.

Wenn die Umschuldung eine wirkliche Erleichterung bringen solle, dürften hierzu nicht Mittel herangezogen werden, die schon jetzt anderweitig zweckgebunden sind. Das gelte besonders bezüglich der Heranziehung der Hauszinssteuermittel. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm müsse dringend eine Ausweitung unter Vermeidung einer weiteren Verschuldung der Kommunen erfahren.

Die gegenseitige Verschuldung von Landkreisen und kreisangehörigen Gemeinden ergebe 20 Millionen Mark. 1932 hätten die Kreise mit 200 Millionen Mark 70 v. H. der Gesamtwohlfahrtslasten getragen.

Sofortprogramm, : Erste Etappe

Jubiläumstagung der pommerschen Landgemeinden. — Reichskommissar Dr. Gereke über die Arbeitsbeschaffung.

Stettin, 21. Januar.

Reichskommissar Dr. Gereke sprach auf der Jubiläumstagung des Verbandes der pommerschen Landgemeinden über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung von Schleicher.

Dr. Gereke gab dann eine Uebersicht über die Berücksichtigung der von den Landgemeinden geforderten öffentlichen Arbeitsbeschaffung in dem Sofortprogramm und bezeichnete es in diesem Zusammenhang als unbedingt notwendig, die Osthilfe beschleunigt zu Ende zu führen. Auch eine weitere Hinauszögerung drängender Siedlungsfragen lasse sich nicht mehr verantworten. Am Schluß seiner Ausführungen betonte der Reichskommissar, daß mit dem Sofortprogramm eine erste Etappe erkämpft ist. Es werde noch zähester Arbeit und schwersten Kampfes bedürfen, um das erstrebte Endziel zu erreichen.

Nach der Rede Dr. Gerekes wurde eine Entschließung angenommen, in der mit Befriedigung anerkannt wird, daß die Forderungen der Landgemeinden durch die letzten Maßnahmen der Reichsregierung erfüllt sind. Ebenso wurde auch die Ernennung Dr. Gerekes zum Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung begrüßt. Bedauert wird, daß dem Reichskommissar nur ein Betrag von 500 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt wurde. Da nach der Statistik der kommunalen Spitzenverbände allein mehr als 2,7 Millionen Wohlfahrtserwerbslose vorhanden sind, reiche dieser Betrag keinesfalls aus.

Die pommerschen Landgemeinden müßten daher verlangen, daß für ein weitergehendes, sich über einen längeren Zeitraum erstreckendes öffentliches Arbeitsbeschaffungsprogramm die erforderlichen Mittel bereitgestellt würden.

Schuldenaussprache Hoover—Roosevelt

Washington, 21. Januar.

Präsident Hoover und sein Nachfolger, Gouverneur Roosevelt, traten zu der angekündigten Besprechung zusammen, die sich dem Vernehmen nach im allgemeinen auf die Kriegsschuldenfrage bezog. Staatssekretär Stimson, Schatzsekretär Owen Mills und Professor Raimond Moley als Vertrauensmann Roosevelts, nahmen an der Besprechung teil.

Acht Tage Zeit.

Die vertagte Krise. — Kommt die „Schubladen"-Verordnung?

Berlin 20. Januar. Der Vertagungsbeschluß des Aeltestenrats wird in politischen Kreisen dahin beurteilt, daß der Konflikt zwischen Reichstag und Reichsregierung eigentlich schon dadurch zum Ausbruch gekommen ist. Wenn sich die Reichsregierung jetzt an weiteren Besprechungen und Parteiführerverhandlungen uninteressiert erklärt und ankündigt, daß sie nach Ablauf von acht Tagen die Entscheidung zu erzwingen gewillt ist, so scheinen andererseits diese acht Tage dem Versuch dienen zu sollen, doch noch eine Lösung aus der Mitte der Parteien heraus zustande zu bringen, in der der General von Schleicher zum wenigsten als Kanzler keine Rolle mehr spielen würde. Erreicht wurde allein durch die jetzige Vertagung zum mindesten, daß die Neuwahlen kaum noch im Februar stattfinden würden, sondern erst im März.

Es fragt sich nun, wie die Versuche zu bewerten sind, in der Zwischenzeit doch noch zu einer Lösung zu kommen, die die Nationalsozialisten auf die Regierungsseite bringt. Zu diesem Ziele scheinen die Verhandlungen und Vermittlungen der letzten Tage weiter geführt werden zu sollen. Dabei ist für das Zentrum maßgebend, daß unter allen Umständen und offenbar doch auch ohne Rücksicht auf die Person des jetzigen Reichskanzlers der Versuch gemacht werden soll, alle verfassungsmäßigen Möglichkeiten auszuschöpfen, um eine Ausschaltung des Reichstages zu vermeiden. Sollte eine solche Lösung nicht gelingen, so ist man sich in politischen Kreisen allerdings darüber klar, daß baldige Neuwahlen nichts anderes bedeuten würden, als die fatalistische Erfüllung einer Verfassungsbestimmung, deren Ergebnis genau die gleiche Situation sein würde, wie die, vor der man heute steht. Neuwahlen würden wieder keine positive Mehrheit, sondern nur negative Mehrheiten zeitigen und den weiteren zweifelhaften Erfolg haben, daß die Wahlagitation die Parteien und politischen Kräfte noch weiter auseinander geredet haben wird, als dies schon jetzt der Fall ist.

Man hält es darum heute schon nicht mehr für ausgeschlossen, daß Reichspräsident und Reichsregierung gewillt sein würden, eine besondere politische Notlage als gegeben zu erachten. Unter diesem Gesichtspunkt sieht man auch der inzwischen genehmigten großen Berliner Kundgebung der NSDAP. mit Spannung entgegen, die am Sonntag auf dem Bülow-Platz in der Nähe der kommunistischen Hochburg, des Liebknecht-Hauses, stattfinden soll. Man hört verschiedentlich die Auffassung, daß die Reichsregierung sich daraus ergebende blutige Zwischenfälle zum Anlaß nehmen könnte, um die in der ersten Rundfunkrede des Reichskanzlers von Schleicher erwähnte „Schubladen-Verordnung" mit bisher noch nicht dagewesenen verschärften Bestimmungen „zum Schutze des Volkes" in Kraft treten zu lassen. Immerhin ist es nicht ausgeschlossen, daß die Regierung die Kundgebung wegen drohender Zusammenstöße im letzten Augenblick doch noch verbietet. Die allgemeine politische Lage bleibt jedoch nach wie vor ungeklärt und selbst wenn das Experiment von Neuwahlen nun doch noch einmal gemacht werden müßte, ohne daß eine neue Lage geschaffen würde, so hört man heute vielfach die Auffassung, daß diese Wahlen dann vorläufig die letzten sein würden.

Die Umschuldung im Osten

Von 72 531 Betrieben sind bisher 12 470 entschuldet und 20 249 als entschuldungsunfähig ausgeschieden.

Berlin, 21. Januar.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags erklärte sich Reichsernährungsminister Freiherr von Braun bereit, dem Ausschuß jede gewünschte Auskunft über die Durchführung der Osthilfe zu geben. Auskunftserteilungen über Einzelfälle müßten natürlich vertraulich behandelt werden.

In der Aussprache selbst bemängelte Abgeordneter Pfleger von der Bayerischen Volkspartei die Unübersichtlichkeit der Osthilferegelung. Man solle auch nicht Riesensummen zur Entschuldung großer Betriebe verwenden, sondern die Beträge aufteilen und damit kleinere Bauern entschulden. Insbesondere solle man auch bei Darlehensgesuchen des Gewerbes nicht zu engherzig verfahren.

Reichsernährungsminister Freiherr von Braun sagte zu, zu prüfen, ob es möglich sein werde, die vielen Einzelbestimmungen der Osthilfe in einem Gesetz zusammenzufassen. Bezüglich der Landarbeiterlöhne sei in Aussicht genommen, eine Ausdehnung des Zwangsvollstreckungs- und Konkursvorrechts für rückständige Löhne nach Aufhebung des Sicherungsverfahrens; nötigenfalls werde Anweisung ergehen, daß rückständige Landarbeiterlöhne auch aus Betriebssicherungsmitteln abzudecken seien. Die Pächterentschuldung werde mit größter Beschleunigung lediglich aus Reichsmitteln durchgeführt.

Nach dem Zweck des Sicherungsverfahrens umfasse der Sicherungsschutz nicht nur den landwirtschaftlichen Betrieb, sondern das gesamte sonstige Vermögen des Betriebsinhabers. Dieser sei verpflichtet, sein sonstiges Vermögen für die Zwecke der Entschuldung zur Befriedigung der Gläubiger zur Verfügung zu stellen.

Minister von Braun teilte dann noch mit, daß beim Reichskommissar und den Landstellen insgesamt 820 Personen beschäftigt seien und daß von den 800 Köpfen der Industriebank der größere Teil auf die landwirtschaftliche Umschuldung entfalle. Die Zahl der Treuhänder werde auf mindestens 8000 bis 9000 veranschlagt. Es arbeite in der Osthilfe also eine ganze feldmarschmäßige Division. Das sei zweifellos eine schwere Belastung. Namentlich bei dem Heer der Treuhänder stehe die Arbeit nicht in allen Fällen zu der Höhe der Kosten in richtiger Beziehung. Es seien Bemühungen im Gange, diese Kosten etwas abzubauen.

Für die Nationalsozialisten erklärte der Abgeordnete von Sybel, alles, was an Klagen über die Osthilfe vorgebracht sei, verdichte sich letzten Endes zu einer einzigen

großen Anklage gegen die Politik, die trotz vorhandener Möglichkeiten den Wirtschaftskörper des deutschen Ostens in die Lage eines mit dem Tode ringenden Kranken gebracht habe.

Ministerialdirektor Reichardt beantwortete die von den Parteien gestellten Fragen. Er stellte fest, daß sich im Entschuldungsverfahren insgesamt 72 531 Betriebe befinden, von denen 12 470 entschuldet worden sind. Wegen Entschuldungsunfähigkeit und aus sonstigen Gründen sind 20 249 Betriebe ausgeschieden. Der voraussichtliche Finanzbedarf für die noch nicht umgeschuldeten Betriebe ist nach oben begrenzt mit den 600 Millionen aus der Industrieumlage.

Auf Betriebe bis zu 20 Hektar entfallen 8364 Fälle mit einer Fläche von 80 792 Hektar und einer Entschuldungssumme von rund 33 Millionen Mark, auf Betriebe von 20 bis 100 Hektar 3384 Fälle mit einer Fläche von 146 998 Hektar und einer Entschuldungssumme von rund 36 Millionen Mark, auf Betriebe von 10 bis 500 Hektar 531 Fälle mit einer Fläche von 128 589 Hektar und einer Entschuldungssumme von rund 32 Millionen Mark.

Endgültig erledigt durch restlose Auszahlung sind von den 12 000 umgeschuldeten Fällen 4705 mit einem Betrage von rund 40 Millionen Mark. Die übrigen rund 8000 sind von der Industriebank insoweit erledigt, als sie zur Auszahlung angewiesen sind. An Siedlungsträger sind bisher 59 nicht sanierungsfähige Betriebe mit einer Fläche von 23 452 Hektar übergegangen.

Die Verwaltungsausgaben betrugen im Jahre 1930 etwa 755 000 Mark, im Jahre 1931 etwa 1,6 Millionen und 1932 bis Ende Dezember 2,2 Millionen, was insgesamt bisher einen Betrag von 4,6 Millionen ergibt, aus dem die Kosten des Reichskommissariats und der Landstellen bestritten werden. Die Treuhänder werden aus den Betrieben selbst bezahlt, der größte Teil arbeitet ehrenamtlich. Es sei eine allgemeine Anweisung ergangen, daß zunächst die kleinen Betriebe umgeschuldet werden müssen. Eine mehrfache Sanierung von Betrieben, die in der Osthilfe gewesen sind, finde nicht statt. Eine stärkere Berücksichtigung geeigneter Kriegsbeschädigten bei der Ostsiedlung soll vorgeschrieben werden. Ebenso ist eine individuelle Untersuchung der Lage der Siedler eingeleitet.

Der Regierungsvertreter erklärt zum Schluß, es gäbe in der Osthilfe nichts zu verheimlichen. Die Regierung habe ein Interesse daran, daß völlige Klarheit herrsche. Allen Beschwerden werde nachgegangen. Die Zahl der bisherigen Beschwerden betrage aber bei den insgesamt 72 000 Fällen noch nicht hundert.

Der Terror in Ostoberschlesien

Beleidigungsprozeß Grazynskis gegen Prof. Studnicki. — Die Strafe sofort gelöscht.

Warschau, 21. Januar.

Das Warschauer Amtsgericht verhandelte einen von dem ostoberschlesischen Wojewoden Grazynski gegen den Wilnaer Universitätsprofessor Studnicki, der dem Lager Pilsudskis angehört und früher Mitglied des Staatsrats war, angestrengten Prozeß. Studnicki hat sich zum Leiter der Minderheitenabteilung des Warschauer Innenministeriums über den ostoberschlesischen Wojewoden Grazynski folgendermaßen geäußert:

„Was Grazynski während der letzten Neuwahlen in Oberschlesien getan hat, ist ein Skandal. Ich betrachte es als eine Herausforderung und sehe in Grazynski den größten Schädling an der polnischen Sache in Oberschlesien."

In dieser Aeußerung erblickte der Anklagevertreter eine Beleidigung der Staatsgewalt. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis gegen Studnicki. Angeblich war der Wahrheitsbeweis nicht geglückt. Die Strafe wurde aber auf Grund einer Amnestie sofort gelöscht.

Auf der Fahrt von Saigoon nach Singapore geriet der Dampfer „Generalgouverneur Paul Doumer" in Brand. Ein Teil der Ladung wurde zerstört.

Industrie für stabile Handelspolitik

Sitzung des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Berlin, 21. Januar.

Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie tagte unter dem Vorsitz von Dr. Krupp von Bohlen und Halbach. In Anknüpfung an die Ereignisse der letzten Wochen wurde mit Bedauern festgestellt, daß von der Politik her neue Unruhe in die Wirtschaft getragen wird. Es wurde als höchst verhängnisvoll bezeichnet, wenn auf diese Weise die bestehenden Ansätze zu einer Rückkehr des Vertrauens und zu einer wirtschaftlichen Besserung wieder zunichte gemacht würden.

Das Präsidium erhebt die dringende Forderung, daß in der Wirtschaftspolitik eine eindeutige, auf die Förderung der Privatwirtschaft gerichtete Linie innegehalten wird, weil nur auf diesem Wege die Schaffung gesunder Entwicklungsgrundlagen zu erreichen sei.

Die Handelspolitik bedürfe unbedingt einer Beruhigung und stabiler Führung, um so mehr, als es sich immer wieder zeige, daß schon die Ankündigung zollpolitischer Maßnahmen zu schweren Rückschlägen für die deutsche Ausfuhr und damit für die Arbeitsmarktlage führe. Die deutsche Industrie erwarte von der Reichsregierung, daß sie alle Störungsversuche entschieden ablehne und dafür sorge, daß sich die Wirtschaft ihrer gegenwärtigen Hauptaufgabe, die Arbeitslosigkeit wieder zu vermindern, ungestört widmen könne.

Das Präsidium hält es weiter für erforderlich, den Termin für den Beginn der Weltwirtschaftskonferenz so nahe anzusetzen, wie es die Rücksicht auf die vorherige Lösung des interalliierten Schuldenproblems notwendig macht.

Ausschuß gegen Rezeptgebühren

Reichsregierung um Aufhebung der Krankenkassen-Notverordnung ersucht.

Berlin, 21. Januar.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags nahm nach längerer Aussprache gegen die Stimmen des Zentrums und der Christlich-Sozialen bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen einen kommunistischen Antrag an, der die Reichsregierung auffordert, die in der Krankenversicherung durch Notverordnung eingeführten Krankenscheine und Rezeptgebühren aufzuheben und den Versicherten Krankenkassenhilfe gemäß den Bestimmungen der Krankenversicherung nach dem Stande vom 1. Januar 1930 mit der Maßgabe zu gewähren, daß die nach dieser Zeit vorgenommenen Verbesserungen erhalten bleiben. Die Reichsregierung soll zu diesem Zweck sofort entsprechende Gesetzentwürfe vorlegen.

Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde von derselben Mehrheit eine Entschließung angenommen, alle Vorschriften der Notverordnung aufzuheben, die die Gewährung von Mehrleistungen der Krankenkassen unterbinden. Annahme fand auch eine nationalsozialistische Entschließung, die die Familienangehörigen hinsichtlich der Krankenkassenleistungen den Mitgliedern völlig gleichstellen will. Nach einem anderen Antrag soll die Wirtschaftlichkeit der von den Krankenkassen unterhaltenen eigenen Wirtschaftsbetriebe nachgeprüft werden.

Besuch des österreichischen Bundeskanzlers in München. Der österreichische Bundeskanzler Dr. Dollfuß stattete auf Einladung des Wirtschaftsbeirates der BVP. München einen Besuch ab und reiste nach einem Abendessen bei Ministerpräsident Dr. Held wieder nach Wien zurück. Zu den Gerüchten über eine „Neutralisierung" Oesterreichs erklärte Dr. Dollfuß, über diese Frage sei mit Oesterreich überhaupt nicht verhandelt worden und fügte dann unter starkem Beifall hinzu: Daß wir dazu auch nicht bereit wären, halte ich für eine Selbstverständlichkeit.

Die Besatzung der „Exeter City" gerettet.

— Neuyork, 20. Januar. Der Dampfer der American Merchant Co. hat die restliche Besatzung des englischen Frachtdampfers „Exeter City" gerettet. Das Schiff sinkt schnell.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

— **Bielefeld.** Musikalische Feierstunde. Bethels und Bielefelds Ruf als Musikstädte sind ja auch über die Grenzen des Ravensberger Landes bekannt, und es kann ja nur immer begrüßt werden, wenn man hin und her auch bemüht bleibt, diesen guten Klang auch weiterhin aufrecht zu erhalten. Am kommenden Sonnabend findet nun seitens des C. V. j. M. Bielefeld in der Neustädter Kirche Bielefeld eine öffentliche Feierstunde statt, bei der Konzertsänger Albrecht Linke, Leipzig, Worte der Heiligen Schrift und religiöse Dichtung spricht und singt. Erscheinungen und Wunder ist der Leitgedanke des Abends. Und wie aus dem heutigen Inserat ersichtlich, werden Werke von Schütz u. a. m. zu Gehör gebracht. Da diese Art der Feierstunde — Gesang und Rezitation — neu ist, wird es sicherlich eine feine Stunde werden.

*

— **Bielefeld.** Klavierabend in der Oetkerhalle. Am Mittwoch, den 18. Januar, veranstaltete der Bielefelder Musikverein in der Rudolf-Oetker-Halle einen Klavierabend, zu dem die Pianistin Lubka Kolessa, Leipzig, gewonnen war. Die junge sympathische Künstlerin spielte aus Werken von Bach, Mozart, Chopin und Debussy. Durch das meisterhafte, bis in die feinsten Nuancierungen beseelte Spiel war gleich nach der Toccata von Bach der Kontakt mit den Zuhörern gewonnen, deren dankbare Begeisterung sich von Darbietung zu Darbietung steigerte. Vollendete Technik, gepaart mit dramatisch-dynamischer Gestaltungskraft und tiefem Empfinden ließen den Abend für viele, vielleicht für alle zum Erlebnis werden. Mit großer Feinheit und tiefstem Verständnis für die Art des Altmeisters Mozart wurden die Variationen in G-Dur über ein Thema von Gluck dargeboten. In höchstem Grade kongenial aber war die Wiedergabe Chopinscher Kunst. Proben aus seinen Werken füllten denn auch zwei Drittel des Programms. Alle Darbietungen zeigten höchste technische Vollkommenheit und feinste Einfühlung in die Art der einzelnen Werke. Das empfand jeder und dankte in ehrlicher Begeisterung.

Hee.

Bethel.

— **Predigttexte:** Am 3. Sonntag n. Epiphanias wird in den Gottesdiensten über Joh. 7, Vers 44 bis 52 gepredigt.

— **Thekoa — Eckardtsheim.** Am Sonntag, 22. Jan. 1933, nachmittags um 4 Uhr und abends um 8 Uhr veranstaltet das Bethel-Orchester ein Konzert, wozu herzlich eingeladen wird.

— **Frauenhilfe.** Mittwoch, 25. 1., 3 Uhr, Vortrag von Herrn P. Lic. Hermenau-Potsdam auf dem Johannisberg. Veranstaltet von dem Kreisverband Bielefeld-Land. Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen. Wir treffen uns um 2¼ Uhr am Pförtnerhaus.

E. Brandt.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Wir geben unsere Verlobung bekannt:

Elisabeth Hilgemann
Friedrich Klag, Diakon

Eckardtsheim, den 21. Januar 1933

Bielefelder Vortragsabende in der „Eintracht"

3. Vortrag: Dienstag, 24. Januar, 20 Uhr

Prof. Dr. Bork, Berlin
Prof. Dr. Waldmann, Bremen

Disputation über Kunst und Volkstum

Karten zu 1.50 num., 0.80 in der Pfefferschen Buchhandlung

Wiesbaden Evangelisches Hospiz, Oranienstraße 53
Zimmer mit und ohne Verpflegung. Mäßige Preise.

Th. Petzold's Tropfen
das alterprobte, viel tausendmal bewährte Mittel
bei Gicht, Rheumatismus und Ischias.
Originalpackung mit Bild. Preis 1,80 Mk.
Zu haben in den Apotheken.
Alleinhersteller: Chem. pharm. Laboratorium Teutoburg Gustav Vinnen, Bielefeld

Besser sieht jeder
mit einer Brille von
Becker
Optiker
Ruf 1012 Bielefeld Gütersloher Str. 14

Haushaltungsschule und Haushaltpflegerinnen-Lehrgang
der Westfälischen Diakonissenanstalt „Sarepta" in Bethel bei Bielefeld (staatlich anerkannt).

1. **Haushaltungsschule** (alle Berechtigungen der Frauenschule). Gründliche hauswirtschaftliche Ausbildung für Töchter evangelischer Familien, Vertiefung der Allgemeinbildung, Erziehung zu christlichen Persönlichkeiten. Durchbildung zum Beruf der Hausfrau, hauswirtschaftliche Vorbildung zum Beruf der Kindergärtnerin, Hortnerin, Hauspflegerin ....
2. **Halbjährige Sonderkurse für Abiturientinnen.** Beginn der Kurse April und Oktober.
3. **Einjähriger Lehrgang für Haushaltpflegerinnen** (Wirtschaftsleiterinnen) mit staatlicher Abschlußprüfung.

Näheres durch die Leitung der Schule.

Sonntag, den 22. Januar, 20¼ Uhr in der Neustädter Kirche
Öffentliche Feierstunde
Konzertsänger Albrecht Linke, Leipzig, spricht und singt
Worte der Heiligen Schrift und religiöse Dichtung
u. a. Heinrich Schütz, C. F. Meyer, Friedrich Lienhardt
Orgel: Studienrat Oetzmann

Programme im Vorverkauf Papenmarkt 2 und Verkehrsbüro Bahnhofstraße zu 40 Pfennig, an der Abendkasse 45 Pfennig.

Wer schenkt
einem unbemittelten Reichsgottesarbeiter Bibelerklärung von Fabianke (gebraucht), besonders das Alte Testament ist erwünscht. Gefl. Angebote unter A 3054 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Im evang. Seminar ausgebildete
Kindergärtnerin und Hortnerin
sucht z. Ostern Stelle in gut. Fam. od. Heim (mögl. vegetar.) Angebote unt. A 3049 an d. Gesch. d. Bl.

Christl. Damenheim
Lindhorst (Sch.-Lippe)
bietet von 2,25 Mark täglich an gemütlichen Daueraufenthalt.

Adel-Bienen-Honig 5 oder 4,5 Pfd. netto Mk. 3,90 resp. 3,15 vorn. Klee-Lindenhonig Mk. 10,90 und 8,10 franko, Nachn. 30 Pfg. Garantie Jacks. Honig-Krieger, Soest-Land. 2a

Kinder
jeden Alters finden Aufnahme, vorübergehend u. dauernd, sorgfältige körperl. u. geistige Pflege. Ersatz des Elternhauses.
Kinderhaus Heimgarten, Gegr. 1905, Jugenheim (Bergstr.) bei Darmstadt.

Photohaus Baumann
Goldstraße 3
liefert alle
Amateurarbeiten

Apfelsinen
direkt ab Hafen, garant. gesund in Originalkisten 504 Stck., klein Mk. 15.—; 360 mittel Mk. 14.50; 300 groß Mk. 16.—; 240 ganz groß Mk. 15.50 einschl. Verpack. gegen Bahnnachnahme. Preisliste frei. Erich Straube, Fruchtimport, Bremen 12, Postfach 767.

Notstand!
Ich verkaufe meinen Echten Tilsiter Vollfettkäse, hergestellt aus garantiert reiner Vollmilch, mit 48/52% Fett i. T. zu Mk. —,67 pro Pfd. im Postkolli gegen Nachnahme, franko. — Sie helfen mir, wenn Sie bestellen und mich weiter empfehlen.
Friedrich Stotzka, Jedwilleiten, Post Motzweiden. Tilsiter Niederung.